

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 55 (1963)
Heft: 11

Artikel: Dramatischer britischer Gewerkschaftskongress
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354099>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Paul-Henri Gagnebin schmerzlich empfunden werden. Er zeichnete sich an den Kongressen und im Ausschuß des Gewerkschaftsbundes aus. Seine Kollegen wählten ihn zu ihrem Vertreter im Bundeskomitee, in dem er seit dem 30. Juni 1951 ein aktives und einflußreiches Mitglied war. Er war so geschätzt, daß er 1954 Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes wurde, eine Aufgabe, die er mit Können und Hingabe bis zu seinem Ende erfüllte.

Paul-Henri Gagnebin widmete sich auch einer intensiven und fruchtbaren Tätigkeit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, und zwar sowohl in der weiten Welt der Bauarbeiter wie auch im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, an dessen Kongressen er verschiedentlich die Schweiz vertrat. In der Internationalen Arbeitsorganisation wirkte er als schweizerischer Arbeitnehmervertreter im Ausschuß für die Bauindustrie, außerdem nahm er als technischer Berater an zahlreichen Sitzungen der Internationalen Arbeitskonferenz teil.

Wenn wir mit großer Trauer von einem Kampfgefährten Abschied nehmen, dessen Geradheit, Rechtschaffenheit und Treue vorbildlich waren, so haben wir doch den Trost, daß ihn sein Werk überleben wird. Es wird fortgesetzt und vollendet werden. Der Geist stirbt nicht. Die Nachfolger von Paul-Henri Gagnebin werden sich noch lange von seinem Geist inspirieren lassen.

Paul-Henri hat nun Ruhe gefunden. Die Arbeiter unseres Landes, denen er mit seiner Intelligenz, seinem Herzen und seiner Ergebenheit diente, werden ihn nicht vergessen.

Jean Möri.

Dramatischer britischer Gewerkschaftskongreß

Die alljährlich nach einem immer gleichbleibenden Muster in der ersten September-Woche – Montag früh bis Freitag mittag – stattfindenden Kongresse des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) finden in der Öffentlichkeit immer das starke Echo, das eine Beratung einer 8,3 Millionen Mitglieder umfassenden Organisation für sich beanspruchen kann. Dazu kommt noch, daß der Gewerkschaftskongreß alljährlich die politische Herbstsaison einleitet, in der dann erst die Kongresse der drei Parteien des Landes folgen. Das schon normalerweise lebhaftes Interesse von Presse und öffentlicher Meinung für das, was die Sprecher der Gewerkschaften zu sagen haben, hatte sich aber in diesem Jahre aus einigen Gründen noch weiter verstärkt.

Der eine von ihnen ist, daß Neuwahlen in Großbritannien nicht mehr lange auf sich warten lassen können und daß ein Machtübergang von den Konservativen zu Labour in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt ist. Schon heute fragt man sich vielfach, wie

die Gewerkschaften auf einen solchen Wechsel reagieren werden, um so mehr als *Harold Wilson*, der parlamentarische Führer der Labour Party, schon angedeutet hatte, eine künftige Labourregierung werde möglicherweise an die Gewerkschaften mit der Aufforderung herantreten, im Interesse der Verwirklichung ihres langfristigen Programms gewisse Lohnforderungen zurückzustellen. Aber auch wenn diese Frage nicht bestünde, müßte sich der Gewerkschaftskongreß mit den Problemen der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung auseinandersetzen, wie sie heute gestellt sind. Das allein hätte schon für einen recht lebendigen Meinungsaustausch gesorgt. Die Presse auch außerhalb Englands hat darum den Verhandlungen in Brighton außerordentlich starke Aufmerksamkeit gewidmet, die sich freilich oft an Aeüßerlichkeiten hielt, aus der Verschiedenheit von Standpunkten nicht bestehende persönliche Konflikte zwischen einigen der leitenden Funktionäre konstruierte und die wahre Problemstellung auf eine den Kern der Sache nicht erfassende Erörterung verschob, ob denn die «Reformer» über die «unentwegten Klassenkämpfer» gesiegt hätten. Es mag daher ganz nützlich sein, den Versuch zur Darstellung der Dinge in der richtigen Perspektive zu machen.

Auch wenn es gar nicht den behaupteten Zusammenstoß zwischen Persönlichkeiten (und nicht Meinungen) gab, war der Gewerkschaftskongreß von 1963 trotzdem voll der dramatischen Elemente – seine wichtigsten Verhandlungen konnten übrigens vollinhaltlich im Fernsehprogramm verfolgt werden, das von den übrigen auch längere Ausschnitte bot. Es waren neben ungezählten anderen des sozialen und Wirtschaftslebens vor allem zwei Probleme, die die Gemüter erhitzen. Beides waren gewerkschaftliche Probleme im engeren Sinne des Wortes. Die Frage der Kernwaffen, die jahrelang leidenschaftlich diskutiert worden war, ist diesmal überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

Zunächst ging es um ein sozusagen «ewiges» Problem, die Frage der *Vereinfachung und Modernisierung der gewerkschaftlichen Struktur*. Es wurde an dieser Stelle schon oft geschildert, daß der Bestand einer großen Zahl verschieden großer, verschieden organisierter und einander vielfach überschneidender Verbände im Gewerkschaftsbund ein ernstes Hindernis für eine moderne gewerkschaftliche Aktion ist. Der vorjährige Kongreß hat die Bundesleitung beauftragt, dem Kongreß von 1964 konkrete Vorschläge für eine Reform zu unterbreiten, die durch Zusammenschlüsse die gewerkschaftliche Schlagkraft erhöhen würde. Inzwischen hat es einige freiwillige Zusammenschlüsse, z. B. bei den Typographen, gegeben, aber sie haben das Bild kaum verändert. *George Woodcock*, der Generalsekretär des TUC, konnte dem Kongreß von 1963 nur einen Zwischenbericht vorlegen, der nicht allzu optimistisch ausklang. Vielleicht hat Woodcock gerade deshalb einen recht pessimistischen

Ton angeschlagen, weil er sich davon die Schaffung einer Atmosphäre versprach, die weiteren freiwilligen Zusammenschlüssen günstiger sein könnte – und diktieren kann der Gewerkschaftsbund seinen völlig autonomen Mitgliedsverbänden nichts. Woodcock, der offenbar in der Organisation nach Industrieverbänden das Ideal sieht, bemerkte, es werde wohl immer in Großbritannien eine Verschiedenheit der Organisationsformen geben. Damit müsse man sich bis zu einem gewissen Grade abfinden, doch könnte durch Zusammenschlüsse eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der angeschlossenen Organisationen erzielt werden, von denen es gegenwärtig 180 gibt. Die Gewerkschaftsbewegung, die die ganze Welt umgestalten wolle, dürfe sich nicht der näherliegenden Aufgabe entziehen, ihr eigenes Haus zu bestellen, rief einer der Redner in der Debatte zu Woodcocks Zwischenbericht aus. Erst die Behandlung des Problems im Jahre 1964 wird zeigen, ob sich die Tendenz zur Modernisierung der gewerkschaftlichen Apparatur als stark genug erweist, um ins Gewicht fallende Reformen zu ermöglichen.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich aber auf die Frage der gewerkschaftlichen Haltung zur Planwirtschaft, die von sich aus sofort das Lohnproblem aufwirft. Als die Regierung Macmillan vor zwei Jahren in einer wirtschaftlichen Depression steckte, hißte sie als Verlegenheitsmittel das Banner der Planwirtschaft – entgegen allen Doktrinen von der «freien Marktwirtschaft». Ein Planungsbeirat sollte den Weg aus der Misere weisen. Die Gewerkschaftsbewegung wurde zur Mitarbeit in dieser Körperschaft eingeladen und nahm nach einigem Zögern an. Sie sagte sich, daß man, wenn es auch die konservative Regierung mit der Planwirtschaft nicht allzu ernst meinen dürfte, sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen dürfe, gewerkschaftliche Gedankengänge zur Geltung zu bringen. Der Gewerkschaftsbund entsandte seine Vertreter in den Planungsbeirat, der sich dann ganz anders entwickelte, als es sich die Regierung Macmillan vorgestellt hatte, die sich offenbar von der Absicht leiten ließ, «fachmännische» Gutachten zu bekommen, die gegen Lohnforderungen als die Wirtschaft schädigend gerichtet waren. Natürlich nahm der Planungsbeirat, in dem auch die Unternehmer vertreten sind, keine rein gewerkschaftliche Haltung an, aber er leistete sachliche Arbeit, so daß die Regierung Macmillan die Freude daran verlor. Sie schuf dann eine andere Körperschaft, die «Kommission für Nationaleinkommen», die ihr die Argumente für einseitige Opfer der Arbeitnehmerschaft liefern sollte. Wiewohl eingeladen, machen die Gewerkschaften in diesem Fall nicht mit.

Der TUC-Kongreß von 1962 hatte entschieden, daß der Gewerkschaftsbund sein eigenes Wirtschafts- und Planungsprogramm haben solle. Den Entwurf dazu hatte Generalsekretär *Woodcock* nach langen internen Diskussionen kürzlich vorgelegt. Er enthielt eine Reihe ausgezeichnet formulierter Gedanken, die im allgemeinen

immer Bestandteil der gewerkschaftlichen Ideologie waren: das Bestreben nach Erhaltung der Vollbeschäftigung, nach Verbesserung des Lebensniveaus der arbeitenden Menschen, der Beseitigung von Disparitäten im Lohngefüge usw. Ein einziger Satz in dem ausführlichen Elaborat stieß auf Widerspruch, nicht so sehr seines Inhaltes wegen als wegen der Möglichkeiten seiner Mißdeutung. In dem Entwurf war nämlich mit Zustimmung die Ansicht des Planungsbeirats zitiert worden, Löhne wie Profite sollten in der nächsten Zukunft nicht so rasch steigen wie kurz vorher. Es bezog sich also ausdrücklich auch auf die Dividenden; aber viele Gewerkschafter fürchteten, eine solche ausdrückliche Zustimmung könnte von den Unternehmern als Argument gegen Lohnforderungen ins Treffen geführt werden. Eine solche Bedeutung konnte dem Satz allerdings nur gegeben werden, indem man ihn aus dem Zusammenhang riß, in dem er stand. Im Zusammenhang gelesen besagte er nichts anderes, als daß es mehr auf eine Steigerung der Reallöhne ankommt, nicht so sehr auf die Nominallöhne.

Vor und während des Kongresses von Brighton hat es hinter den Kulissen lange Erörterungen um diesen einzigen Satz gegeben. Schließlich einigte man sich, um jeder Mißdeutung vorzubeugen, auf eine Umstilisierung; von einer ausdrücklichen gewerkschaftlichen Zustimmung war nicht mehr die Rede. Aber hier und bei der folgenden großen Auseinandersetzung auf dem Kongreß ging es weniger um echte Differenzen oder gar ideologische Kämpfe zwischen solchen, die die Bewegung in neue Bahnen lenken wollen, und solchen, die sich dem widersetzen. Natürlich gibt es derartige gegensätzliche Tendenzen wie in vielen anderen Organisationen auch, aber das bildete nicht die wahre Kontroverse. *George Woodcock*, der sich als Generalsekretär für die ganze Gewerkschaftsbewegung, ihre Stellung in der Gesellschaft und ihren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik verantwortlich fühlt, der aber selbst keine Lohnverhandlungen führt, muß hier einen anderen Gesichtspunkt vertreten als z. B. sein wichtigster Kritiker, der Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, *Frank Cousins*, der in täglichen Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberschaft die Interessen seiner Mitgliedschaft zu vertreten hat.

Bei vielen Debatterednern kam die traditionelle und sachlich ja nicht unberechtigte Befürchtung zum Ausdruck, daß man den Konservativen nicht über den Weg trauen könne, auch wenn sie von Planwirtschaft reden, unter der sie etwas anderes verstehen als der Gewerkschaftsbund. Für Woodcock ist es nicht eine Frage des Vertrauens oder Mißtrauens, sondern einfach die Pflicht, gewerkschaftliche Grundsätze überall zu vertreten. *Ted Hill*, der Generalsekretär des Verbandes der Kesselschmiede, verwies auf die 130 Jahre lange Erfahrung seiner Organisation, die ihn mißtrauisch mache. Die Gewerkschaftsbewegung solle sich, lautete sein Antrag, auf keinerlei

Beschränkungen in Lohnforderungen festlegen. Als ihm entgegengehalten wurde, daß man ja in Großbritannien bald eine Labourregierung haben könnte, die von den Gewerkschaften vielleicht eine gewisse Zurückhaltung in Lohnforderungen verlangen würde, antwortete Hill, einer solchen Regierung gegenüber würden seine Einwendungen nicht gelten.

Hier war aber der springende Punkt in einer dramatischen Auseinandersetzung erreicht, die sich vielfach wie ein Seminar über moderne Wirtschaftspolitik anhörte. Alle die tausend Delegierten in Brighton wollten eine Labourregierung so bald als möglich im Amte sehen. Von ihr versprach man sich eine Planwirtschaft nach gewerkschaftlichen Grundsätzen. Aber über den besten Weg zur Erzielung eines Laboursieges war man sich nicht einig. Viele waren der Meinung, eine gewerkschaftliche Ablehnung jeder Zurückhaltung bei Lohnforderungen heute würde die Aussichten Labours schädigen. Andere glaubten, eine gewerkschaftliche Zusage, sich unter einer Labourregierung anders einzustellen, würde Labours Aussichten verbessern. Der Ausgang des geistigen Ringens in Brighton war deshalb ein «Unentschieden». Die Deklaration des Gewerkschaftsbundes über Planwirtschaft wurde mit riesiger Mehrheit von fast 7 Millionen Stimmen angenommen. Aber da Frank Cousins die 1 330 000 Stimmen seines Verbandes sowohl für diese Deklaration als auch für Hills Antrag «keinerlei Zurückhaltung bei Lohnforderungen» abgab, wurde letzterer gleichfalls, wenn auch mit kleiner Mehrheit, angenommen.

Der Wert eines ausgezeichneten wirtschaftspolitischen Programms der Gewerkschaften wird natürlich verkleinert, wenn zugleich ein mit ihm kaum zu vereinbarender Standpunkt auch eine Mehrheit findet. Der Gewerkschaftskongreß hat sich für die Planung der Wirtschaft und die aktive Teilnahme der Gewerkschaften daran ausgesprochen, was immer die Zusammensetzung der jeweiligen Regierung ist, wobei die Haltung der Gewerkschaften in Einzelfragen selbstverständlich von dem Verhalten dieser Regierung wesentlich beeinflußt wird. Aber Planung der Wirtschaft ohne jeden Bezug auf den Lohnsektor ist unmöglich. Doch darf man die Bedeutung dessen, daß eine widerspruchsvolle Entscheidung getroffen wurde, auch wieder nicht überschätzen. Keiner derer, die sich gegen eine freiwillige Beschränkung bei Lohnforderungen wehren, stellt sich vor, man könne und solle solche jetzt ohne jede Rücksicht auf die Gegebenheiten stellen. Auch einer künftigen Labourregierung gegenüber wird die Gewerkschaftsbewegung nicht auf ihre Handlungsfreiheit verzichten. Aber sobald eine Labourregierung im Amt sein wird, wird sich die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Mitarbeit an der Planung der Wirtschaft in vollem Maße erweisen.

J. W. Brügel, London.